

„ Der Gänsefuß “

- meinungsbildende Zeitung für Steinweiler -

- Ausgabe 2/2010

Armutszeugnis

Nun ist man es in Steinweiler nicht mehr gewöhnt, daß im Gemeinderat große Differenzen ausgetragen werden; es mag daran liegen, daß den Räten die Zivilcourage fehlt, öffentlich andere Positionen als Ortsbürgermeister und Verwaltung zu vertreten. Von gewählten Ratsmitgliedern sollte man dies jedoch erwarten dürfen; das gilt insbesondere dann, wenn man sich der breiten Unterstützung durch die Bevölkerung gewiß sein kann.

Allerdings setzt das auch voraus, daß man sich vorher in der Sache kundig macht. Dazu ist allerdings auch ein Mindestmaß an Eigenengagement nötig. In der Angelegenheit der Raumordnungsplanung, die in der Sitzung am 27. 1. behandelt wurde, wurde alles das schmerzlich vermißt.

Ortsbürgermeister und Verbandsgemeindeverwaltung sind erst kurz vor der Ratssitzung mit näheren Einzelheiten zu dem Beratungspunkt herausgerückt. Dabei ist die Angelegenheit seit Ende August 2009 bei der Ortsgemeinde anhängig gewesen. Offensichtlich wurde den Fraktionen durch Vorenthalten näherer Informationen die sachgerechte Vorbereitung auf die Sitzung gründlichst verdorben.

So wundert es nicht, daß die Ortsgemeinde in dem Anhörungsverfahren der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) eine substanzlose Antwort abzugeben plant. Bürgermeister Poß kündigte an, daß die Verwaltung auf der Grundlage des Beschlusses die Antwort an die SGD formulieren wird. Aus unserer Sicht ist dies ein ganz

übles Spiel der Verwaltung, kräftig unterstützt durch den Ortsbürgermeister.

Man hat viel Gehirnschmalz darauf verwendet, eine Begründung zu finden, um den Gegenstand der Beratung nicht im öffentlichen Teil der Ratssitzung behandeln zu müssen. Diese Begründung ist derart hanebüchen, daß man diese Verwaltungsleistung nur als Armutszeugnis werten kann. Wer allen Ernstes behauptet, diese Begründung sei rechtlich nicht zu beanstanden, muß sich die Frage nach seiner Fachkompetenz gefallen lassen. Das betrifft insbesondere die „Spezialisten“, in vorderster Linie den Verbandsbürgermeister, aber auch den leitenden Verwaltungsbeamten der Verbandsgemeinde Kandel.

Sollte zu diesem Vorgehen auch noch tatsächlich der mit der Kommunalaufsicht betraute Beamte seine Zustimmung gegeben haben, wäre das Team der Unfähigkeit komplett.

Vom „neuen“ Ratsmitglied kann man nicht unbedingt erwarten, daß er die Regularien der Raumordnungsplanung im Detail kennt. Von Fraktionsvorsitzenden und Juristen innerhalb des Gemeinderates muß man jedoch erwarten können, daß sie die Veraberung der Bevölkerung und der Ratsmitglieder als eine Solche erkennen und vehement hiergegen protestieren. Ansonsten könnte der Eindruck entstehen, daß auch die Wissenden das üble Spiel mitspielen wollen.

Der Gemeinderat Steinweiler ist kein Rateverein und schon gar kein Kuscheverein, aber das Selbstverständnis eines Ratsmitglieds darf sich nicht im Kuschen definieren. Sonst gehört man da einfach nicht hin.

Bürger formieren sich

Es gab in der Bürgerversammlung vom 14. 1. eine Reihe von Wortmeldungen jüngerer Bürger. Die Qualität dieser Redebeiträge war ohne Einschränkung als außerordentlich gut zu bezeichnen. Hier haben sich Leute zu Wort gemeldet, die etwas zu sagen haben und diejenigen, die sich erst einmal informieren wollten, taten gut daran, aufmerksam zuzuhören.

Die meisten dieser engagierten Bürger wollen sich jetzt in einer Bürgerinitiative zusammenfinden und sich dem Thema Geothermie in Steinweiler intensiv widmen.

Es wird darauf ankommen, daß diese Initiative breite Unterstützung aus der Bevölkerung erhält und anschließend im Planfeststellungsverfahren Gehör findet. Diesen jungen Leuten ist zuzutrauen, daß sie die schwierige technische Seite der Geothermie aufarbeiten können und daß sie in der Lage sind, die Argumente der Besorgnis sachgerecht vorzutragen. Wenn die Ortspolitik nicht in der Lage ist, den Bürgerwillen zu artikulieren, dann müssen es die Bürger eben selbst richten.

Der organisatorisch noch nicht geschlossene Kreis der Initiative trifft sich am 4. 2. 2010 um 19.30 Uhr im Schützenhaus Steinweiler; Interessenten sind herzlich willkommen, um sich dem Kreis anzuschließen oder auch nur zuzuhören.

Es ist davon auszugehen, daß die Initiative sehr schnell intensiven Kontakt zu den Bürgerinitiativen in anderen Gemeinden der Südpfalz aufnimmt; ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der lokalen Bewegungen ist sicherlich Voraussetzung dafür, daß sich die Landespolitik dem Bürger stellt und die Bundespolitiker aus diesen Wahlkreisen nicht nur großes Interesse bekunden.

Schneerräumung

Gar arg waren wir in jüngster Zeit von den Unbilden des Wetters gebeutelt; Hausbesitzer und Mieter mußten sich der Schneerräumspflicht stellen.

Schwierig war dies sicherlich in vielen Fällen, wo Bürger aufgrund gesundheitlicher Probleme diese körperlich fordernde Arbeit nicht mehr verrichten konnten.

Dem Vernehmen nach unterhält die Ortsgemeinde Steinweiler Gerätschaften und Mannschaften, die zur Schneerräumung eingesetzt werden können. Was liegt näher, als diesen Bürgern einen Räumungsdienst der Gemeinde proaktiv anzubieten. Die Reinigungssatzung der Gemeinde sieht diese Möglichkeit vor. Was sollen ansonsten Ortssatzungen, wenn die dort gegebenen Möglichkeiten nicht genutzt werden?

Warum der „Gänsefuß“ dieses Thema aufgreift, mögen Sie sich fragen. Fast jeder Fußgänger hat in den letzten Tagen Bürgersteigbereiche angetroffen, die nicht geräumt waren. Die Gemeinde ist gut beraten, die Möglichkeiten der Ortssatzung zu nutzen; kommen Bürger zu Schaden, könnten Schadenersatzforderungen auch auf die Gemeinde zukommen.

Diese Dienstleistung der Gemeinde wird natürlich nicht kostenlos erbracht werden können; eine Gebührensatzung wird das hierfür zu berechnende Entgelt festlegen. Entgeltschuldner wird dabei immer der Hauseigentümer sein.

In eigener Sache

„**Der Gänsefuß**“ gibt Interessierten gerne Raum zur Veröffentlichung eigener redaktioneller Beiträge. Interessenten melden sich bitte beim Verlag.